

öffentlichen Bericht des Bundesarchivs besteht. Der Vf. schildert, wie außenpolitische Zielsetzungen, politische Einflußnahme und die persönliche Betroffenheit der Hrsg. der in vielem als Vorbild dienenden umfangreichen „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ von 1953-1962 in recht undurchsichtiger Weise zu dieser Veröffentlichung geführt haben, die im Ergebnis weniger ein Beitrag zur Erforschung des Gegenstandes als vielmehr ein Relikt des Kalten Krieges gewesen ist.

Das sechste Kapitel ist der Aufarbeitung von Kriegs- und Nachkriegserfahrungen in Ost- und Ostmitteleuropa nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime gewidmet. Andreas Langenohl zeichnet die Entwicklung zu einem breiten publizistischen Diskurs mit antikommunistischer Tendenz in Rußland seit 1992 nach. Bereits seit 1995 sei jedoch eine vom Staat getragene erinnerungspolitische Wende sichtbar, in der sich russischer Patriotismus und sowjetische Tradition verbinden. In Polen hingegen befindet sich das nationale Gedächtnis, wie Rafał Stobiecki beschreibt, in einem starken Wandel und ist von einer Pluralität der Interpretationen von Vergangenheit gekennzeichnet. Dabei habe es aber insgesamt den Anschein, daß die zumeist kritische Sicht der polnischen Historiker auf die jüngere Geschichte Polens nur noch wenig Einfluß auf die Gestaltung des öffentlichen Gedächtnisses hat. Bernd Faulenbach untersucht anschließend die Entwicklung der gesamtdeutschen „Erinnerungsgesellschaft“ seit 1989, in der schon vor der Wende eine Annäherung zu verzeichnen gewesen sei und die nach der Wende nun allmählich in einem „positiven Gedächtnis“ zusammenfließe, etwa in der Auseinandersetzung über den Nationalsozialismus und den Stalinismus. Dies werde nach Ansicht des Vf.s die deutsche Erinnerungskultur an die der anderen Nationen Europas heranführen.

Im Schlußbeitrag zieht Peter Haslinger eine Art Bilanz und legt dar, wie seiner Ansicht nach die geteilte Erfahrung von Zwangsmigrationen Ausgangspunkt einer gemeineuropäischen Erinnerungskultur sein könnte, die zwar durchaus mehrere Perspektiven aushalten müsse, aber durch die Aufhebung nationaler Opfer-Täter-Perspektiven integrierend und identitätsstiftend wirken könne. „Um diesen Prozess zu fördern“, so die Hrsg., „bedarf es allerdings einer genauen Kenntnis der Vorbelastungen aus der kollektiven Erinnerungsgeschichte der europäischen Nationalstaaten“ (S. 23) – und da stehen wir vielleicht erst am Anfang eines langen Lernprozesses.

Köln

Manfred Alexander

Wann ziehen wir endlich den Schlussstrich? Von der Notwendigkeit öffentlicher Erinnerung in Deutschland, Polen und Tschechien. Hrsg. von Wolfgang Benz. (Perspektiven und Horizonte, Bd. 2.) Metropolis Verlag, Berlin 2004. 224 S.

Den zehn Beiträge enthaltenden Sammelband leitet Wolfgang Benz mit einer Skizze zu verschiedenen Stationen von „Flucht und Vertreibung aus dem Osten“ ein – angefangen bei ihren Ursachen in den NS-Verbrechen im besetzten Ostmitteleuropa über die Zwangsausweisung der Deutschen bis hin zu deren Aufnahme und Eingliederung westlich von Oder und Neiße. Eva und Hans Henning Hahn befassen sich anschließend in „Die sudetendeutsche völkische Tradition: Ein tschechisches Trauma des 20. Jahrhunderts“ profund mit den national-politischen und antitschechischen Bestrebungen jener drei Millionen Deutschen, die in Böhmen lebten und sich 1918 unerwartet als Bürger des neugeschaffenen Nationalstaates der Tschechen und Slowaken wiederfanden.

Unter der unscharfen Überschrift „Polen – Juden – Deutsche“ zeichnet Beate Kosmala fragmentarisch Ursachen, Verlauf und Ertrag des polnischen Geschichtsdiskurses nach, der sich – rund 60 Jahre nach dem Geschehen – an dem Massenmord an Juden in Jedwabne und an dessen jahrzehntelanger Tabuisierung entzündet hatte. Während hier die einheimische Bevölkerung in der „Täter“-Rolle thematisiert wird, ist bei Piotr Madajczyk zu erfahren, Polen seien unter der NS-Okkupation lediglich zuschauende „Zeugen der Ausrottung der Juden gewesen“ (S. 101). Er referiert die in deutsche und sowjetische

Besatzung geteilte polnische Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg. Ihm zufolge befänden sich die Polen derzeit auf der Suche nach einem neuen „Gleichgewicht zwischen Erinnerung an das eigene Leid und Erinnerung an das Leid der anderen“ (S. 109). Um dies deutlicher herauszuarbeiten, hätte der Vf. aber unbedingt auf den polnischen Opferstatus und seine politisch-ideologische Instrumentalisierung als Teil des ‚volkspolnischen‘ Narrativs eingehen müssen.¹ Wie seine Schlußbemerkung jedoch zeigt, überwiegt letztlich auch bei diesem Vertreter einer jüngeren Historikergeneration der Rekurs auf die polnische, vergangenheitspolitisch eng definierte Staatsräson.

Die Entwicklung der zur Verfolgung der deutschen Besatzungsverbrechen in West- und Mittelpolen ins Leben gerufenen polnischen Hauptkommission (*Główna Komisja*) bis zu ihrer (Neu-)Gründung als ein Teil des Instituts für das Nationale Gedenken (*Instytut Pamięci Narodowej*) Ende der 1990er Jahre schildert Andreas Mix. Die bislang kaum erforschte Hauptkommission war trotz ihrer Verdienste um die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen eine Institution, in der die erinnerungspolitischen Ambivalenzen ‚Volkspolens‘ zum Ausdruck kamen. Seit den 1960er Jahren wurde sie immer häufiger im Sinne eines nationalkommunistischen und antisemitischen Chauvinismus politisch-ideologisch in Dienst genommen, was der Vf. nur nebenbei bemerkt. Stellenweise mangelt es an sprachlicher Differenzierung: Gab es denn tatsächlich den westdeutschen Revisionismus? (S. 85, 93 – bei Madajczyk steht der Begriff korrekterweise in Anführungszeichen, S. 104); manche wörtlichen Übersetzungen (Pazifizierung, Lustration) wirken deplaziert. Leider ist dem Vf. auch entgangen, daß ein *Instytut Pamięci Narodowej* auf Betreiben des Schriftstellers und ersten Institutsdirektors Jerzy Kornacki und seiner Frau Helena Boguszewska schon Ende 1944 in Lublin gegründet wurde.

Den Umgang mit den Themen Besatzung, Widerstand und NS-Judenmord in neueren tschechischen Geschichtslehrbüchern untersucht Michael Frankl. Darauf folgen drei Beiträge zum Gedenkstätten-Charakter ehemaliger NS-Konzentrationslager: Tomasz Kranz widmet sich „KZ-Gedenkstätten in Polen als Formen institutionalisierter Erinnerung“, während Vojtěch Blodig „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ der Gedenkstätte Theresienstadt reflektiert und Barbara Distel auf die Geschichte der Gedenkstätte in Dachau zurückblickt. Ute Benz steuert schließlich Gedanken zu den „Schwierigkeiten des Verstehens“ bei, die sich einstellen können, wenn „Dritte“ sich heute mit der Problematik von Täter-Opfer-Beziehungen befassen.

Viele dieser Themen hätten gewiß eine eingehendere analytische Betrachtung verdient und Teile des Bandes auch eine gründlichere Redaktion. So gehörte Westpreußen 1945 nicht zu den – von der polnischen Propaganda sog. – „wiedergewonnenen Gebieten“ und liegen die Anfänge der Bundeswehr in den 1950er Jahren; die polnischen Bischöfe wandten sich 1965 mit einem Versöhnungsangebot an ihre Amtsbrüder (S. 85, 104).

Manche Vf. erweisen trotz eines kritischen und aufklärerischen Anspruchs geschichtspolitischen Ikonen in Gestalt von überhöhten Opferzahlen, die Ausdruck einer fehlgeleiteten und manipulativen Erinnerungspolitik sind, selbst Reverenz. Dabei wird unter Bezug auf bis heute allzu oft nicht hinterfragte demographische Verlustbilanzen fälschlich suggeriert, „zwei Millionen Deutsche“ hätten „bei Flucht und Vertreibung ihr Leben“ verloren² (Benz, S. 17) oder es seien zwischen 1939 und 1945 „knapp 6 Millionen“ „polnische Staatsbürger [...] ermordet“ worden (Mix, S. 75). Madajczyk gibt die Gesamtzahl der „polnischen Opfer“ dagegen mit „ca. 5 Millionen“ an (S. 96) und weist darauf hin, daß nun zumindest in der Frage der 1939-1941 aus Ostpolen in das Innere der UdSSR

¹ Siehe KLAUS-PETER FRIEDRICH: Die Legitimierung ‚Volkspolens‘ durch den polnischen Opferstatus, in: ZfO 52 (2003), S. 1-51.

² Zur erinnerungspolitischen Manipulation mit solchen Opferzahlen siehe bereits KLAUS-PETER FRIEDRICH: Wypnanie: mit niemieckiej historii [Vertreibung: Ein deutscher Geschichtsmythos], in: Więź, Nr. 465 (Juli 1997), S. 153-164.

deportierten polnischen Staatsbürger mit aufgebauchten Opferzahlen aufgeräumt und die Ziffer von einer Million auf ca. 300 000 drastisch nach unten korrigiert worden sei (S. 103). Auch ist die Zahl von 1,2 Millionen Polen und polnischen Juden, die angeblich aus den 1939 annektierten westpolnischen Gebieten vertrieben wurden (S. 11), nicht belegt.

Der Titel des Bandes ist dem Tenor der Beiträge auf mehrfache Weise unangemessen. Denn zum einen plädieren die Autoren selbstverständlich nicht dafür, „endlich“ einen Schlußstrich zu ziehen. Zum anderen gab es wohl keinen Zeitraum in der deutschen Geschichte nach 1945, in dem die „Notwendigkeit öffentlicher Erinnerung“ so unbestritten und diskursbestimmend gewesen ist, wie jenen, in den wir seit Ende der 1990er Jahre eingetreten sind. Die Schlußstrich-Debatte ist mittlerweile vielmehr selbst Teil einer Geschichte der Erinnerungspolitik im westlichen Nachkriegs-Deutschland geworden. Polen und Tschechen schließlich erhoben die Forderung nach einem Schlußstrich schon gar nicht, da sich das Erinnern an die NS-Verbrechen von Kommunisten und Nationalisten jeglicher Couleur gleichermaßen instrumentalisieren ließ, um zu vordergründigen politischen Zwecken antideutsche Stimmungen zu erzeugen – und damit die Gesellschaft zu erpressen. Diese Art von Manipulation ist bislang nicht aufgearbeitet worden und wirkt sich somit auf das Verhältnis zum westlichen Nachbarn bis heute nachteilig aus. Und hier sind wir an einem Punkt, wo in übernationaler Zusammenarbeit wichtiges wissenschaftliches Neuland zu gewinnen wäre, das für die zeitgemäße Ausgestaltung der Beziehungen ganz aktuellen Nutzen verspricht.

Marburg/Lahn

Klaus-Peter Friedrich

Micha Brumlik: Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen. Aufbau Verlag, Berlin 2005. 300 S. (€ 18,90.)

Nicht nur aufgrund der Diskussion um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ hat das Thema der Zwangsmigrationen während und nach dem Zweiten Weltkrieg publizistische Konjunktur. Für Micha Brumlik, Professor im Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt/Main, war aber gerade die Einladung, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des „Zentrums“ zu werden, der Anlaß für eine eingehende Auseinandersetzung mit der Thematik (S. 135). So kann das hier anzuzeigende Buch als eine sehr ausführliche Begründung für seine Ablehnung gelesen werden.

Die Teilnahme an öffentlichen Debatten in Buchform birgt stets zwei Gefahren: Entweder ist die Publikation bereits vom Gang der Diskussion überholt, oder sie wird zu einem publizistischen Schnellschuß, dem die wissenschaftliche Gründlichkeit abgeht. Letzterer Gefahr ist auch B. nicht entgangen. Denn bei seinem Versuch, in einem ersten Kapitel auf etwa 60 Seiten den Gesamtvorgang der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Polen und der Tschechoslowakei faktographisch zu rekapitulieren und in ihren historischen Zusammenhang einzuordnen, fällt auf, daß er die doch sehr ansehnliche Forschungsleistung, die in Deutschland, besonders aber auch in Polen und der Tschechischen Republik während der letzten fünfzehn Jahre erbracht worden ist, schlichtweg nicht rezipiert hat, obwohl viele wichtige Veröffentlichungen aus Ostmitteleuropa inzwischen in deutscher Übersetzung vorliegen.¹ So kommt es z.B. zu der Merkwürdigkeit, daß der

¹ Um stellvertretend nur einige der wichtigsten Arbeiten in deutscher Übersetzung zu nennen: TOMÁŠ STANĚK: *Verfolgung 1945. Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (außerhalb der Lager und Gefängnisse)*, Wien u.a. 2002 (Buchreihe des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa, 8); „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...“ *Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven*, hrsg. von WŁODZIMIERZ BORODZIEJ und HANS LEMBERG, Bde. 1-4, Marburg 2000-2004 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas, 4/I-IV); BERNADETTA NITSCHKE: *Vertreibung und Aussiedlung der*